

08.11.2012 - 22:15 Uhr

## ARD-DeutschlandTrend November 2012: Union bei Sonntagsfrage mit höchstem Wert seit fünf Jahren / Debatte um Nebenverdienste schadet Steinbrück

Köln (ots) -

Sperrfrist für alle Ergebnisse:

- für elektronische Medien heute, 22:15 Uhr
- für Printmedien: Freitagsausgaben

In der Sonntagsfrage des aktuellen ARD-DeutschlandTrends kann die Union im Vergleich zum Vormonat um einen Punkt zulegen und erreicht 40 Prozent. Dies ist ihr höchster Wert seit Dezember 2007. Die SPD verliert einen Punkt zu und kommt auf 30 Prozent. Die Grünen gewinnen drei Punkte hinzu und erreichen 14 Prozent. Die FDP bleibt unverändert bei vier Prozent. Die Linke verliert einen Punkt auf sechs Prozent. Die Piraten bleiben unverändert bei vier Prozent. Für die Sonntagsfrage hat das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen von Montag bis Mittwoch dieser Woche 1.505 Wahlberechtigte bundesweit telefonisch befragt.

Beschlüsse von Schwarz-Gelb treffen auf Zustimmung - nur das Betreuungsgeld nicht Mit Ausnahme des Betreuungsgeldes treffen die im schwarz-gelben Koalitionsausschuss getroffenen Entscheidungen mehrheitlich auf Zustimmung. 88 Prozent der Deutschen finden es gut, dass die Praxisgebühr abgeschafft werden soll. Zehn Prozent finden das nicht gut. 85 Prozent unterstützen einen Rentenzuschlag für diejenigen, die auch nach 40 Jahren Arbeit so wenig Rente bekommen, dass sie unterhalb der Grundsicherung liegen. 14 Prozent unterstützen das nicht. Zwei Drittel (66 Prozent) halten 750 Millionen Euro für neue Verkehrsprojekte für sinnvoll. 28 Prozent finden dies nicht sinnvoll. Das geplante Betreuungsgeld unterstützen 39 Prozent der Deutschen. Eine Mehrheit von 59 Prozent lehnt es hingegen ab. Das trotz der geplanten Maßnahmen von der Bundesregierung ausgegebene Ziel, 2014 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt vorzulegen, hält die große Mehrheit der Deutschen für unrealistisch. 78 Prozent denken, dass dies nicht gelingen wird. Nur 19 Prozent halten dies für machbar. Insgesamt sind die Beschlüsse der Bundesregierung aus Sicht der Mehrheit der Bürger (62 Prozent) eher Wahlgeschenke. Nur 28 Prozent finden, die Bundesregierung hat alles in allem sinnvolle Entscheidungen getroffen.

Angela Merkel weiter an der Spitze der Beliebtheitsliste, Steinbrück verliert an Zustimmung Angela Merkel gewinnt im Vergleich zum Vormonat an Zustimmung hinzu und belegt weiter den ersten Platz der Liste der abgefragten Parteipolitiker. Mit ihrer Arbeit sind 68 Prozent der Deutschen zufrieden (+1). Auf Platz zwei folgt weiterhin Finanzminister Wolfgang Schäuble, mit dessen Arbeit 65 Prozent der Deutschen zufrieden sind (+1). Platz 3 belegt NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit einer Zustimmung von 58 Prozent (+3). SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier folgt auf dem vierten Platz mit einer Zustimmung von 56 Prozent (+3) vor Verteidigungsminister Thomas de Maizière, mit dessen Arbeit unverändert 55 Prozent der Deutschen zufrieden sind. SPD-Kanzlerkandidat Peer Steinbrück büßt gegenüber dem Vormonat neun Punkte ein und kommt auf eine Zustimmung von 50 Prozent. Wenn die Deutschen die Bundeskanzlerin oder den Bundeskanzler direkt wählen könnten, läge Kanzlerin Angela Merkel klar vor ihrem SPD-Herausforderer. 53 Prozent würden sich für Merkel entscheiden (+ 4 im Vergleich zum Vormonat), 36 Prozent würden hingegen Steinbrück wählen (-2).

Zwei Drittel glauben, dass Nebentätigkeiten Peer Steinbrück schaden Zwei Drittel der Deutschen (67 Prozent) glauben, dass die Nebentätigkeiten von Peer Steinbrück ihm bei der Bundestagswahl im nächsten Jahr schaden werden. 30 Prozent glauben dies nicht. 31 Prozent geben an, dass Steinbrücks Nebentätigkeiten bei ihrer persönlichen Wahlentscheidung eine Rolle spielen werden. 67 Prozent geben an, dass dies für sie keine Rolle spielen wird. Grundsätzlich findet eine Mehrheit der Deutschen von 56 Prozent es richtig, dass erfahrene Politiker wie Steinbrück ihre Überlegungen in Vorträgen und Büchern veröffentlichen und dafür Geld bekommen. 43 Prozent finden das nicht richtig.

Steinbrück büßt an Sympathie und Glaubwürdigkeit ein Im Vergleich zu Angela Merkel büßt Peer Steinbrück an Sympathie und Glaubwürdigkeit ein. 51 Prozent der Deutschen finden Merkel sympathischer (+9 im Vergleich zu September), 30 Prozent finden Steinbrück sympathischer (-7). 47 Prozent halten Angela Merkel für glaubwürdiger (+11), 25 Prozent halten Peer Steinbrück für glaubwürdiger (-1). Auch bei der Frage, wer sich stärker von beiden für soziale Gerechtigkeit einsetzt, büßt Steinbrück Punkte ein (-5). Allerdings liegt er mit 35 Prozent hier weiter vor Angela Merkel, die aus Sicht von 31 Prozent sich stärker für soziale Gerechtigkeit einsetzt (+7).

+++ Verwendung nur mit Quellenangabe "ARD-DeutschlandTrend" +++

Befragungsdaten

- Grundgesamtheit: Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
- Fallzahl: 1.005 Befragte, Sonntagsfrage: 1.505 Befragte
- Erhebungszeitraum: 05.11.2012 bis 06.11.2012;  
Sonntagsfrage: 05.11.2012 bis 07.11.2012

- Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
  - Stichprobe: Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe
  - Fehlertoleranz: 1,4\* bis 3,1\*\* Prozentpunkte
- \* bei einem Anteilswert von 5%; \*\* bei einem Anteilswert von 50%

Pressekontakt:

Ingmar Cario  
Westdeutscher Rundfunk  
Chefredaktion Fernsehen  
Telefon 0221 220 1804  
Mobil: 0172-2530025  
ingmar.cario@wdr.de

Annette Metzinger  
Westdeutscher Rundfunk  
Presse und Information  
Telefon 0221 220 7101  
annette.metzinger@wdr.de

Original-Content von: ARD Das Erste, übermittelt durch news aktuell  
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/6694/2359577> abgerufen werden.